



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

E/XVI/192 - 26. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Zwei Dokumente</u> Deutschland b r a u c h t eine neue Regierung!	58
2	<u>Anregung zu einer Briefaktion</u> Mehr und das Selbstbestimmungsrecht Von H.G. Ritzel, MdB	59
3 - 4	<u>Zahlen, die man wissen muss</u> Um die Stabilität der Preise und Währung	52
4	<u>Ständiger Anstieg</u> Sozialdemokraten - von Wahl zu Wahl in Norwegen	19
5 - 7	<u>Notwendiger Rückblick</u> Adenauer und die Wiedergewinnung des Saarlandes	123

* * *
* *

Zwei Dokumente

Deutschland b r a u c h t eine neue Regierung!

sp - Zwei politische Dokumente zur Gegenwartsgeschichte wurden am Freitag der Öffentlichkeit übergeben.

Ein Beschluß des Präsidiums der SPD, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, unverzüglich und u n a b h ä n g i g vom Wahltermin alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine gemeinsame westliche Verhandlungsposition in der Deutschlandfrage herbeizuführen.

Das zweite Dokument ist eine Verlautbarung des CDU-Bundesvorstandes, in der - mit Blick auf die Wahlen - gegen die SPD mit alten, längst widerlegten Argumenten polemisiert und behauptet wird, Deutschland brauche keine neue Regierung.

Der Beschluß des SPD-Präsidiums ist der Versuch, der Situation von heute gerecht zu werden; die Verlautbarung der CDU ist ein Wahlkampfpamphlet.

Wir stellen diese beiden Dokumente einander gegenüber, weil Inhalt und Ton zeigen, daß die CDU, im Alten verhaftet, nur an den Wahlkampf denkt und sich steril zeigt, während die SPD das Heute und Morgen ansteuert.

Wem nützt in dieser Situation die Wiederholung sehr alter Behauptungen? Den Berlinern, dem deutschen Volk?

Wer hat etwas davon, wenn stereotyp festgestellt wird, was die ganze westliche Welt weiß, nämlich, daß nur ein einiger und starker Westen aussichtsreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion führen kann?

Das sind doch Binsenwahrheiten, aber keine P o l i t i k !

Was soll damit bezweckt werden, wenn man einerseits die Einigkeit des Westens fordert, andererseits aber die notwendige Gemeinsamkeit

unseres eigenen Volkes in diesen schicksalsschweren Tagen ablehnt, ja, geradezu zerstört?

Es würde der Sozialdemokratie nicht schwer fallen, im einzelnen aufzuzählen, was Adenauer, Strauß, von Brentano - um nur einige Namen zu nennen - unserem Volk in der Vergangenheit von den Wiedervereinigungs- und Sicherheitschancen, die durch ihre Politik gegeben seien, versprochen haben.

Wir tun es **n i c h t**, denn jetzt kommt es doch nicht auf Rechthaberei an!

Jetzt muß zusammengedrückt, es muß gemeinsam gearbeitet werden, damit in dieser schrecklichen Situation ein Mindestmaß an Aktionsfähigkeit für die deutsche Politik im Rahmen westlicher Überlegungen zur Begegnung der Provokationen des Ostens erreicht werden kann.

Die Erklärung des CDU-Bundesvorstandes sagt nichts darüber aus, welchen Weg die zur Zeit noch amtierende Regierung beschreiten soll, um die internationale Diskussion über das Berlin- und Deutschlandproblem zu befruchten. Diese Erklärung, abgegeben knapp 14 Tage nach der brutalen Abschneidung Ostberlins vom Westen und einen Tag nach der Drohung Chruschtschows, die freien Luftwege nach Westberlin abzuschneiden, hakt sich nach der selbstverständlichen Verurteilung dieser kommunistischen Maßnahme an innenpolitischen Gegner, an der deutschen Sozialdemokratie, fest.

Als ob es jetzt nichts Wichtigeres gäbe! Für **u n s** ist das Wichtigste der Zusammenhalt der Nation.

Deshalb **b r a u c h t** Deutschland eine neue Regierung!

* . * *

- * P.S.: Am späten Freitagabend hat der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Dr. Adenauer entgegen dem wenige Stunden vorher gefaßten Beschluß des CDU-Bundesvorstandes die SPD brieflich davon unterrichtet, daß er nunmehr auch den Wunsch nach baldmöglichsten Verhandlungen zwischen den westlichen Außenministern habe, während Wahlkampfleiter Kai Uwe von **H a s s e l** jedoch in der Rundfunksendung der Parteien um 18 Uhr 55 noch schroff den Beschluß des SPD-Präsidiums ablehnte ...

+ + +

Anregung zu einer Briefaktion

Nehru und das Selbstbestimmungsrecht

Von H.G. Ritzel, M.d.B.

Die zweite Rede, die der indische Ministerpräsident Nehru vor dem Parlament in New Delhi gehalten hat, ist für das deutsche Volk eine grosse Enttäuschung. Nehru meinte, der bisherige freie Zugang nach Ostberlin beruhe lediglich auf einer Konzession der Sowjetunion. Dabei übersah Nehru vollkommen die Londoner Vereinbarung von 1944 und das Selbstbestimmungsrecht der Berliner und des deutschen Volkes.

Der indische Ministerpräsident ist immer ein hervorragender Vorkämpfer der Freiheit und des Rechts seines Volkes auf Selbstbestimmung gewesen und ist es als zur Stunde geblieben. Dass er die Augen vor vertraglichen Annahmungen der vier Siegermächte und vor dem Selbstbestimmungsrecht, ja vor den Menschenrechten, verschliesst, ist eine tief dauerliche Tatsache. Die Bundesregierung hat hier die Aufgabe, unverzüglich für Klarstellung zu sorgen und durch geeignete Schritte in New Delhi die Überprüfung der von Nehru vorgetragenen Auffassungen zu veranlassen, bevor diese noch Gegenstand der bevorstehenden Konferenz der Neutralen in Belgrad werden. Darüber hinaus aber drängt sich eine andere Überlegung auf.

Offensichtlich genügen weder die im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellten 45 Millionen DM für Öffentlichkeitsarbeit im Ausland noch die vom Haushaltsausschuss des Bundestages am 22.8.61 zusätzlich bewilligten 5 Millionen DM, um im Ausland so viel Klarheit über Lebensfragen des deutschen Volkes zu verbreiten, dass Irrtümer und Fehlschlüsse gefährlichster Art unmöglich werden. Die unzähligen Verbindungen, die zwischen dem deutschen Volk, den westlichen Völkern und den den neutralen Block zuzurechnenden Völkern bestehen, sollten im deutschen Interesse dazu benutzt werden, eine Briefaktion besonderer Art durchzuführen.

- * Es sollte möglich sein, dass jedem ins Ausland gehenden Geschäftsbrief und jedem ins Ausland gehenden Privatbrief eine
- * aufklärende Notiz in der betreffenden Landessprache und in
- * deutscher Übersetzung beigelegt wird, in der auf die historischen Tatsachen verwiesen und das Recht auf Selbstbestimmung
- * des deutschen Volkes unterstrichen wird. Die Bundesregierung
- * sollte sich hier endlich bemühen und mit geeigneten Vorschlägen
- * dienen.

Die ständig steigende Flut der sowjetzonalen Propaganda macht es erforderlich, dass über das Ausmass der Routinearbeit in Öffentlichkeitsfragen hinaus den verantwortlichen Stellen endlich etwas einfällt. Die hier angeregte Briefaktion ist hier nur ein Mittel, um den deutschen Standpunkt und das Recht auf Selbstbestimmung zu unterstützen.

Zahlen, die man wissen muß

sp - In der Bundesrepublik Deutschland gibt es in runden Zahlen 20 Millionen Kontensparer, 3,5 Millionen Bausparer und 30 Millionen Lebensversicherungssparer. Das bedeutet, dass viele Deutsche auf verschiedene Weise zugleich sparen. Die Sparvermögen dieser vorsorgenden Menschen dürfen nicht durch Geldentwertungen verringert, diese Menschen selbst dürfen nicht wiederum bitter enttäuscht werden. Geldentwertungen drücken sich in allgemeinen Preissteigerungen aus. Bei uns ist das Preisniveau für Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs - die "Lebenshaltungskosten" - seit 1950 um rund 25 vH gestiegen, also ist die Lebenshaltung im jährlichen Durchschnitt um 2,5 vH teurer geworden und die Spareinlagen entsprechend weniger. Sogar der Bundesfinanzminister, Herr Etzel von der CDU, hat das gelegentlich festgestellt.

Den bisherigen Bundesregierungen ist es nicht gelungen, die Geldentwertung zu verhindern. Sie suchte und fand die Ursache in den "hohen Löhnen und Gehältern". Von 1950 bis 1960 ist jedoch das Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung um 152 vH, sind aber die Nettolohn- und Gehaltszahlungen je Arbeitnehmer um nur 101 vH gestiegen. Es waren also andere Gründe, und hauptsächlich deren drei, die zu Preissteigerung und Geldentwertung geführt haben. Alle drei lassen sich auf Unterlassungen oder auf Taten der drei Regierungen Adenauer zurückführen.

Seit 1951 führt die Bundesrepublik in steigender Linie mehr aus als ein. Seit 1957 hat der Ausfuhrüberschuss jährlich zwischen 4,5 bis 5 Milliarden Deutsche Mark betragen. Solche Ausfuhrüberschüsse verringern die Menge der im Inland angebotenen Waren und Dienstleistungen, treiben die Preise hoch und vermehren die Unternehmergewinne. Die Unternehmer investieren die überhöhten Gewinne in neuen Produktionsanlagen; die übertriebene Investitionstätigkeit, planlos betrieben, "überhitzt" die Konjunktur bei den Investitionsgüterindustrien; deren Erzeugnisse steigen im Preis und sie zieht überdies die Arbeitskräfte immer mehr von den anderen Wirtschaftsbereichen ab. Steigende Verbrauchereinkommen führen bei verknüpftem Angebot zu Preissteigerungen auch bei den Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, erhöhen auch hier die Gewinne und Investitionen und so wird die "Überhitzung" übertragen. Die allgemeine Erhöhung des Preisniveaus führt in den lohnintensiven Erzeugungszweigen und bei den Dienstleistungen ebenfalls zu Lohn- und Gehaltserhöhungen, die auf die Preise abgewälzt werden müssen.

Die SPD fordert seit Jahren, das verknüpfte Angebot auf dem Inlandsmarkt durch vermehrte Einfuhren auszugleichen; dann wären die Preise gedrückt, das Preisniveau gehalten und die Geldentwertung gebremst worden.

26. August 1961

Die SPD hat immer wieder verlangt, die überhöhten Gewinne stärker zu besteuern und so die fieberhaften Investitionen zu dämpfen. Die SPD hat stets darauf verwiesen, dass die hochrentablen Unternehmen mit geringen Lohnkostenanteilen, von denen gerade die modernsten Produktionszweige gekennzeichnet sind, ihre Preise senken müssen, um lohnintensiven Unternehmen mehr Preisfreiheit zu geben. Wirtschaftspolitische Massnahmen müssen bewirken, dass die durch technischen Fortschritt und Umsatzsteigerung ermöglichten Kostensenkungen in gesenkten Preisen weitergegeben werden. Zu alledem waren die drei Regierungen Adenauer nicht in der Lage, weil sie den Interessen der Grosswirtschaft und ihrer Zusammenschlüsse zu sehr verhaftet ist.

Das Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zielt auf die Stabilität der Preise und des Geldwerts ab; es ist ein Programm des wirtschaftlichen Aufstiegs und des sozialen Fortschritts.

+ + +

Ständiger Anstieg

sp - Norwegen hat seit 1935 sozialdemokratische Regierungen. Am 11. September dieses Jahres wird dort wiederum zum Storting (Parlament) gewählt. Der Osloer Zeitung "Arbeiderbladet" vom 15. August 1961 entnahmen wir nachstehende Aufstellung über die Entwicklung der Übergewichte abgegebener Wählerstimmen für die "bürgerlichen" Parteien bzw. für die Sozialdemokratie (Det Norske Arbeiderparti):

<u>Jahr</u>	<u>Übergewicht der Stimmen für bürgerliche Parteien</u>	<u>Sozialdemokraten</u>
1930	424 700	-
1933	197 000	-
1936	187 000	-
1945	89 900	-
1949	48 700	-
1953	28 500	-
1957	-	3 500

Die genannte Zeitung sah sich veranlasst, diese Zahlen der amtlichen Statistik zu veröffentlichen, da die "bürgerliche" Presse in letzter Zeit unentwegt von dem "Rückgang der Arbeiterpartei von Wahl zu Wahl" geschrieben hatte.

+ + +

Notwendiger Rückblick

Adenauer und die Wiedergewinnung des Saarlandes

Die Meldungen häufen sich, wonach CDU-Redner im Wahlkampf es der "Gerissenheit" Adenauers zuschreiben, dass im Jahre 1955 das Saargebiet in die Bundesrepublik eingegliedert wurde.

Der tatsächliche Vorgang sieht so aus:

Im Rahmen der Pariser Verträge schloss die CDU/CSU-Bundesregierung mit der französischen Regierung 1954 ein Abkommen über eine sogenannte Europäisierung des Saarlandes. Es wurde die Schaffung eines "Europäischen Statuts", das durch Volksabstimmung von der Saarbevölkerung angenommen werden sollte, vereinbart. Dies sah u.a. vor:

- I. Ziel der ins Auge gefassten Lösung ist es, der Saar im Rahmen der westeuropäischen Union ein europäisches Statut zu geben. Nachdem dieses Statut im Wege der Volksabstimmung gebilligt worden ist, kann es bis zum Abschluss eines Friedensvertrages nicht mehr in Frage gestellt werden.
- II. Ein europäischer Kommissar nimmt die Vertretung der Saarinteressen auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten und der Landesverteidigung wahr. Der Kommissar überwacht die Beachtung des Statuts. Der Kommissar wird vom Ministerrat der Westeuropäischen Union ernannt. Er ist dem Rat verantwortlich. Der Kommissar darf weder Franzose noch Deutscher noch Saarländer sein. Bei der Mehrheit, mit der er ernannt wird, müssen sich die Stützen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland befinden, auch die Zustimmung der Saar ist erforderlich.

Der Kommissar unterbreitet jährlich dem Ministerrat einen Rechenschaftsbericht, der von diesem der Versammlung der Westeuropäischen Union zugeleitet wird.

Soweit der Ministerrat in bezug auf das Saarstatut Aufgaben zu erfüllen hat, entscheidet er mit einfacher Mehrheit.

Dem Abkommen wurde in der Bundestagssitzung vom 27. Februar 1955 in dritter Lesung zugestimmt. Es erhielt 264 Ja-Stimmen und 204 Nein-Stimmen. Neun Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. Gegen das Abkommen stimmten die SPD und die FDP.

Bevor es zur Volksabstimmung an der Saar kam, gab es in der Bundesrepublik eine heftige Diskussion, in der die CDU auf der Seite der Befürworter des Saarstatuts stand. Adenauer sagte am 2.9. 1955 in einer CDU-Versammlung in Bochum (laut Bulletin):

"Nun, da ich von Europa spreche, lassen Sie mich hier in aller Offenheit und mit allem Freimut etwas sagen. Ich bin in grosser Sorge wegen der Vorgänge an der Saar. Ich verstehe, dass sich die Empörung gegen die Unterdrückung durch die Regierung Hoffmann, die nun zehn

Jahre gedauert hat, in emotionaler Weise Luft macht. Aber in der Politik darf man nicht nur emotional denken. In der Politik muss man sich dann und wann sicher mal Luft machen, aber dann muss man wieder mit kühlem Kopfe die ganze Sachlage überlegen. An die Bevölkerung an der Saar habe ich die herzliche Bitte zu richten: Ich verstehe, dass sie die Regierung Hoffmann nicht mehr will, und ich bin der Auffassung, die Regierung Hoffmann hat im Saargebiet keinen Boden mehr bei der Bevölkerung. Aber der Weg, zu einer anderen Regierung zu kommen, ist gerade, dieses Statut anzunehmen und dann in der darauf stattfindenden Landtagswahl einen Landtag zu wählen, der in seiner Mehrheit gegen die Regierung Hoffmann gerichtet ist. Wenn man das tut, dann wahrt man gleichzeitig auch die europäischen Interessen, die es nicht vertragen, dass ausgerechnet in diesem Augenblick und in diesen Wochen, wenige Wochen vor der zweiten Genfer Konferenz, in Europa zwischen Deutschland und Frankreich wieder ein Unruheherd geschaffen wird."

Am 26. August veröffentlichte der Pressedienst der CDU/CSU, der "Deutschland-Union-Dienst" (DUD), zum Abstimmungskampf an der Saar folgende Feststellung:

"Der sehr zahlreich besuchte Bundesparteiausschuss der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands hat auf seiner Sitzung vom 5.2.1955 der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages nach ausführlicher Diskussion gegen drei Stimmen empfohlen, dem Saarstatut zuzustimmen. Der Bundesparteiausschuss ging dabei davon aus, dass noch vor einigen Jahren niemand hoffen konnte, dass der Saarbevölkerung die politischen Freiheiten in absehbarer Zeit gewährt werden würden und dass eine bessere Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland über die weitere Entwicklung an der Saar nicht zu erreichen sei."

Am 23. 10. 1955 trat Adenauer erneut nachdrücklich für die Annahme des Saarstatuts ein. Er erklärte zu Ausführungen Pinays:

"Die bei der bevorstehenden Abstimmung über das Saarstatut massgebenden Argumente sind inzwischen alle dargelegt worden. Ich begrüße es aber besonders, dass Ausnahmeminister Pinay auf die Bedeutung des Saarplebiszits für die europäische Einigung hingewiesen hat. Ich habe meinen Standpunkt bereits bei meiner Rede in Bochum zum Ausdruck gebracht. Ich hoffe zuversichtlich, dass die Saarbevölkerung eine politisch kluge Entscheidung unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte treffen wird. Ich verstehe, dass sich die Empörung der Saarbevölkerung gegen die Unterdrückung durch die Regierung Hoffmann Luft macht. Politische Probleme können aber nur durch Sachlichkeit gelöst werden. Der Weg, zu einer anderen Regierung an der Saar zu kommen, geht über die Anerkennung des Statuts."

Lediglich die CDU-Saar folgte der Linie ihrer Bundespartei nicht. Bei ihrer Gründungsversammlung wurde eine Entschliessung angenommen, in der es hiess:

"Die Christlich-Demokratische Union Saar sagt zu dem Statut vom 23. 10. 1954: n e i n . Die Christlich-Demokratische Union

Saar steht treu zur Heimat, Volk und Vaterland, fühlt sich der wahren Europaidee verpflichtet und tritt ein für die echte und dauerhafte deutsch-französische Verständigung. Das zur Volksbefragung stehende Statut lässt nicht erwarten, dass mit seiner Verwirklichung ein echtes Europa gefördert wird und dass die sogenannte Saar-Europäisierung Ausgangspunkt und Vorbild einer Weiterentwicklung Europas zum vereinten Europa sein wird, dass sich auf Grund des bestehenden Systems der Saarkonventionen die saarländische Wirtschaft in dem gesamten europäischen Raum, insbesondere auch nach Deutschland hin, entwickeln kann. Die Christlich-Demokratische Union Saar vermag aus dem vollen Verantwortungsbewusstsein vor ihrer vaterländischen und europäischen Verpflichtung einem Statut nicht seine Zustimmung zu geben, dessen Geltung zeitlich nicht abzusehen ist, das aber die tatsächliche politische und wirtschaftliche Abtrennung von Deutschland herbeiführt."

Am 4. August 1955 hatte der Bonner CDU-Pressedienst in einem Kommentar an die saarländische Schwesterpartei die Mahnung ausgesprochen dem Saarstatut zuzustimmen. In dem Kommentar hiess es:

"Wer das Statut ablehnt, setzt die Erleichterungen und die Möglichkeiten, die es in sich birgt, aufs Spiel, denn niemand vermag eine Gewähr dafür zu übernehmen, dass Frankreich nach einem Scheitern des Statuts zu neuen Verhandlungen über eine Verbesserung der Verhältnisse an der Saar bereit sein wird."

Die Volksabstimmung hatte indessen gegen alle Erwartungen der CDU eine überwältigende Ablehnung des Saarstatuts zum Ergebnis. Das Landeswahlamt in Saarbrücken gab am Abstimmungstage, dem 23. Oktober 1955, folgendes Ergebnis bekannt:

Wahlbeteiligung	96,72 Prozent
Gültige Stimmen	625 407 = 97,45 Prozent
Ja-Stimmen	201 973 = 32,29 Prozent
Nein-Stimmen	423 434 = 67,72 Prozent

Damit hatte die Bevölkerung des Saarlandes erreicht, was nach den Ratschlägen Adenauers und der CDU nur durch eine Abtrennung des Saarlandes von Deutschland möglich sein würde: den Rücktritt der Regierung Hoffmann. Sie gab nach Vorliegen des Abstimmungsergebnisses eine Erklärung ab, in der es heisst:

"Die Regierung des Saarlandes respektiert die Entscheidung der Mehrheit der saarländischen Bevölkerung. Unter Beachtung der demokratischen Gepflogenheiten erklärt die Regierung ihren Rücktritt..."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel